

Erika und Norbert Christmann

24. April 2008

Bezug: Pressemeldung, Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 22./23. November 2008 mit dem Titel: Neue Vandalenakte jüdischer Siedler in Hebron -- Jugendliche Extremisten randalieren gegen einen Gerichtsentscheid

An die Abgeordneten

Frau Daniela Raab (CSU), Frau Marianne Schiede (SPD), Frau Mechthild Dyckmans (FDP),

Herrn Andreas Schmidt (CDU), Herrn Mathias Miersch (SPD), Herrn Wolfgang Neskovic (Linke), Herrn Jerzy Montag (Grüne)

(Mitglieder einer Delegation des Bundestags in Palästina im Frühjahr 2008)

Sehr geehrte Damen und Herrn,

bereits am 24. April 2008 wandten wir uns an Sie wegen der Ausschreitungen israelischer Siedler in Hebron, heute schreiben wir Ihnen wegen des gleichen Problemfeldes.

In der o.a. Meldung wird berichtet, dass ein Gerichtsbeschluss zur Räumung eines von Siedlern besetzten Hauses nicht umgesetzt wird (wie schon oft geschehen) und von vorwiegend jugendlichen extremistischen Siedlern zum Anlass für Verwüstungen in arabischen Quartieren der Stadt genommen wurde. Armee und Polizei machten keine Anstalten, dem ungesetzlichen Treiben ein Ende zu setzen. "Aus Armeekreisen verlautete, dass die Lage in der Zeit vor den Parlamentswahlen...besonders explosiv sei und die Armee sich aus kontroversen Situationen heraushalten sollte."

Im Gazastreifen werden von der israelischen Armee 1,5 Millionen Menschen eingeschlossen, von Hilfslieferungen abgeschnitten und so einer humanitären Katastrophe ausgesetzt, weil palästinensische Extremisten mit Raketen Verwüstungen in Israel anrichten. Hier wird ein ganzes Volk für die verurteilungswürdigen Taten weniger Extremisten bestraft, während in Hebron noch nicht einmal die Täter gefasst werden.

Wir fragen erneut:

- Wie setzen Sie Ihre besonderen Erfahrungen beim Besuch in Hebron in politisches Handeln um,
- welche Schritte fordern Sie von der Bundesregierung, damit endlich auch der Staat Israel zu rechtsstaatlichem Verhalten gegenüber der palästinensischen Bevölkerung veranlasst wird (einschließlich der Beendigung des illegalen Siedlungsbaus und der Besatzung)?

Mit freundlichem Gruß

Erika und Norbert Christmann

Anlage: Wortlaut des Artikels der NZZ vom 22. Nov. 2008

Das israelische Oberste Gericht hat die Räumung eines Hauses in Hebron angeordnet, in dem seit einem Jahr jüdische Siedler wohnen. Daraufhin tobten Hooligans aus der Siedlerszene in arabischen Wohnvierteln der Stadt.

gsz. Jerusalem, 21. November

Die israelische Armee macht sich auf ein Kräftemessen mit Siedlern gefasst, nachdem das Oberste Gericht die Räumung eines umstrittenen Gebäudes in der palästinensischen Stadt Hebron befohlen hat. Jüdische Kreise hatten das Haus, das sich ausserhalb der jüdischen Enklaven der Stadt befindet, angeblich einem palästinensischen Besitzer abgekauft, doch bestehen Unklarheiten über die wahren Besitzverhältnisse. Stimmen aus der Siedlerszene kündeten an, dass man sich einer Räumung auch gewaltsam widersetzen würde, und am Donnerstag randalierten Jugendliche in arabischen Wohnvierteln.

Räumung angeordnet

Im März 2007 waren neun Familien in der Nacht in das mehrstöckige Gebäude eingezogen, doch focht der angebliche Besitzer die Besitznahme an. Am vergangenen Sonntag ordnete das Oberste Gericht an, dass das Haus innerhalb dreier Tage geräumt werden müsse und bis zur Klärung der Verhältnisse nicht bewohnt werden dürfe. Siedlerkreise erklärten sofort, dass sie die richterliche Anweisung ignorieren und sich jeglichem Versuch der Armee oder der Polizei, sie aus dem umstrittenen Gebäude zu entfernen, widersetzen würden. Dutzende von zumeist jugendlichen Siedlern brachten seitdem Matratzen und Lebensmittel in das Gebäude und versicherten, dass sie dort ausharren würden. Da am Samstag in den Synagogen das biblische Kapitel über Abrahams Kauf der Höhle Machpela in Hebron gelesen wird, werden für das kommende Wochenende Tausende von jüdischen Pilgern in der Stadt der Patriarchen erwartet. Die Sicherheitskräfte befürchten Zusammenstösse.

Einen ersten Vorgeschmack der Gewaltbereitschaft der Extremisten erhielt man am Donnerstagabend. Gewaltbereite Jugendliche randalierten in arabischen Quartieren der Stadt, entwurzelten Olivenbäume, schändeten Gräber, schmierten blasphemische Parolen auf eine Moschee und provozierten Zusammenstösse mit Armee-Einheiten, in deren Verlauf ein Soldat verletzt wurde. Bis anhin machten Armee und Polizei jedoch keine Anstalten, dem ungesetzlichen Treiben ein Ende zu setzen.

Gerichtsurteile ohne Wirkung

Mehrere Urteile des Obersten Gerichts in ähnlichen Fällen sind bisher ebenfalls einfach missachtet worden. Zum Beispiel befahl das Oberste Gericht im vergangenen Januar, dass der illegale Aussenposten Migron nach mehreren Aufschüben spätestens bis Anfang August geräumt werde, doch geschah bis anhin nichts. Aus Armeekreisen verlautete, dass die Lage in der Zeit vor den Parlamentswahlen im kommenden Februar besonders explosiv sei und die Armee sich aus kontroversen Situationen heraushalten solle.